

## SPD nähert sich immer mehr den Positionen der GRÜNEN

Als „Phantommehrheit“ hat Generalsekretär Heiner Geißler die Ansicht der SPD bezeichnet, sie könne bei der nächsten Bundestagswahl eine absolute Mehrheit erreichen. In einem Brief, den Geißler am vergangenen Wochenende (3./4. Mai 1986) den CDU-Abgeordneten im Deutschen Bundestag und den Vorsitzenden der 251 CDU-Kreisverbände zuschickte, führt er aus, daß nach allen Wahluntersuchungen die SPD keine Chance habe, die absolute Mehrheit zu erhalten. Geißler: „Die SPD braucht also, um regieren zu können, die GRÜNEN.“ Was das Verhältnis der SPD zu den GRÜNEN angehe, ist nach Ansicht Geißlers dem nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten ebensowenig zu glauben wie seinem hessischen Kollegen Börner oder dem niedersächsischen Kandidaten Schröder.

In einer umfangreichen Analyse weist der CDU-Generalsekretär nach, daß es „in vielen politischen Bereichen eine nahtlose Übereinstimmung zwischen“

*(Fortsetzung auf Seite 2)*

## 200 000 Arbeitslose weniger

Die Zahl der Arbeitslosen ist im April um mehr als 200 000 zurückgegangen. Das ist ein klares Dementi gegen die Schwarzmalerei am Arbeitsmarkt, stellt der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesar-

beitsministerium, Wolfgang Vogt, fest. Seit den 50er Jahren gab es in einem April keinen vergleichbar hohen Rückgang. Das beweist klar: Die Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung ist erfolgreich. Die Schwarzmalerei von DGB und SPD lagen bei ihren Haßtiraden gegen die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung kräftig daneben. Tatsachen widerlegen Ideologien.

### HEUTE LESEN SIE:

- **UMFRAGEN**  
Polit-Barometer: Koalition vorn. Seite 3
- **REAKTORUNFALL**  
Die Verantwortung liegt allein bei den Sowjets. Seite 8
- **GEWERKSCHAFT**  
Die Pluspunkte für die Arbeitnehmer verschweigt der DGB. Seite 10
- **ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**  
Neue Materialien. Seite 18
- **DOKUMENTATION**  
Für ein glückliches Leben im Alter/Zusammenfassung der Referate des Senioren-Kongresses der CDU vom 19. März 1986 im Konrad-Adenauer-Haus. Grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

den GRÜNEN und wichtigen Teilen der SPD gibt“. Nach Ansicht Geißlers passen sich die Sozialdemokraten in ihren politischen Aussagen immer mehr den GRÜNEN an. Wörtlich heißt es in dem Brief: „Sie wollen damit den GRÜNEN Wähler abnehmen und gleichzeitig den Einstieg in eine Koalition mit den GRÜNEN erleichtern. Politische Grundsatztreue wird taktischem Machtkalkül untergeordnet.“

Geißler nennt sieben Beispiele, an denen sich die Annäherung zwischen SPD und GRÜNEN nachweisen läßt: die Sicherheitspolitik, den NATO-Doppelbeschluß, den Antiamerikanismus, die Wirtschaftspolitik, die Haltung zur Kernenergie, die Deutschlandpolitik und Fragen der inneren Sicherheit.

Der Generalsekretär kommt zu dem Schluß, daß der Kandidat Rau „das Abkippen der SPD zu den GRÜNEN nicht verhindern“ kann. Damit sieht Geißler die Haltung der CDU bestätigt, „daß die nächste Bundestagswahl eine Richtungs-wahl ist“.

Der Brief hat folgenden Wortlaut:

Liebe Parteifreunde,  
der Kanzlerkandidat der SPD zieht gegenwärtig mit der Behauptung durchs Land, er wolle eine absolute sozialdemokratische Mehrheit und er wolle auf keinen Fall ein Bündnis mit den GRÜNEN eingehen. In der ZDF-Sendung „Journalisten fragen, Politiker antworten“ am 10. April 1986 sagte er: „Ich kämpfe um das Ganze, ich will eine Mehrheit“, und „Ich werde Bundeskanzler nur dann, wenn ich die absolute Mehrheit bekomme.“ Bei seinem ersten Auftreten vor der Pressekonferenz in Bonn am 23. April 1986 wiederholte er „ganz deutlich und unzweifelhaft“, daß er mit den GRÜNEN weder eine Koalition eingehen werde noch sich mit grünen Stimmen zum Kanzler wählen lassen werde.

### Was ist an diesen Behauptungen dran? Wie stehen seine Chancen wirklich?

1. Die SPD hat keine Chance, eine absolute Mehrheit zu erhalten. Alle Wahlundertersuchungen zeigen, daß die SPD über ein Wählerpotential von rund 40 Prozent verfügt. In den Bundestagswahlen von 1969 bis 1983 hat die SPD im Durchschnitt 42,4 Prozent erhalten. Bei der letzten Bundestagswahl hatte sie 38,2 Prozent. Die SPD braucht also, um regieren zu können, die GRÜNEN. Raus absolute Mehrheit ist eine Phantommehrheit. Und wenn es um die Macht geht, koalitiert die SPD auch mit den GRÜNEN. Allein in 21 Städten und Kreisen in NRW, wo Rau Ministerpräsident und Landesvorsitzender der SPD ist, arbeiten GRÜNE und SPD zusammen.

In Hessen regiert die SPD mit den GRÜNEN, die Börner vor der Wahl noch mit der Dachlatte behandeln wollte. Warum sollten wir Rau eigentlich mehr glauben als Börner? Oder warum sollen wir ihm mehr glauben als dem niedersächsischen SPD-Spitzenkandidaten Schröder, der sich „natürlich“ von den GRÜNEN zum Ministerpräsidenten wählen lassen will? Es gibt für die SPD keine Mehrheit ohne die GRÜNEN. Rau ist daher entweder ein reiner Zählkandidat, oder er will die Wähler täuschen und seine wahren Absichten vernebeln.

2. Aber auch inhaltlich gibt es in vielen politischen Bereichen eine nahtlose Übereinstimmung zwischen den GRÜNEN und wichtigen Teilen der SPD. Die Sozialdemokraten zeigen typische Schlepptau-Synonyme: Immer mehr passen sie sich in ihren politischen Aussagen den GRÜNEN an. Sie wollen damit den GRÜNEN Wähler abnehmen und gleichzeitig den Einstieg in eine Koalition mit den GRÜNEN erleichtern. Politische Grundsatztreue wird taktischem Machtkalkül untergeordnet.

## Polit-Barometer: Koalition vorn

Die Mannheimer Forschungsgruppe „Wahlen“ ermittelte im Auftrag des ZDF-Polit-Barometers im April: 60 Prozent der Befragten glauben, daß es in der Bundesrepublik wieder aufwärts geht, 40 Prozent glauben dies nicht. Die Mehrheit wird damit von Monat zu Monat deutlicher.

Auf die Frage, welche Partei oder welche Koalition sei am besten geeignet, die wichtigen langfristigen Probleme unseres Landes zu lösen, war die Verteilung der Antworten wie folgt:

Wer ist kompetenter	CDU/CSU	SPD
Arbeitslosigkeit	34%	30%
Sicherung der Renten	36%	31%
Umweltschutz	23%	30%
Ankurbelung der Wirtschaft	50%	20%
Probleme der Landwirtschaft	28%	21%

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, würde die Koalition aus CDU/CSU und FDP 52 Prozent der Stimmen bekommen; im einzelnen: CDU/CSU: 45 Prozent, FDP: 7 Prozent, SPD: 41 Prozent, GRÜNE: 6 Prozent.

Dafür will ich Ihnen einige besonders aufschlußreiche Beispiele nennen:

### Beispiel Sicherheitspolitik:

Für die GRÜNEN war schon immer klar: Die Bundesrepublik Deutschland muß „raus aus der NATO“ (Erklärung zur Friedenspolitik, Duisburg, 18. November 1983). Sie fordern „einseitige Abrüstung“ und den „Abbau der Bundeswehr“ (Bundesprogramm 1980).

Im Godesberger Programm der SPD von 1959 war unstrittig: nur die NATO-Mitgliedschaft und eine gleichgewichtige Abrüstung können den Frieden bewahren. Heute passen sich die Sozialdemokraten den GRÜNEN an. Ein sozialdemokratischer Ministerpräsident schreibt ein Buch mit dem bezeichnenden Titel „Angst vor den Freunden“ und spricht schon 1983 von „Bedingungen, zu denen eine Mitgliedschaft in der NATO nicht mehr tragbar ist.“ (Oskar Lafontaine, Rede auf dem Bundeskongreß der Jungsozialisten

in Oberhausen am 26./27. März 1983, zit. nach Frankfurter Rundschau, Oster-Beilage 1983). Heute kann er bereits die Forderung nach einem Austritt aus der militärischen Integration der NATO verkünden und wird anschließend von 98 Prozent seiner Parteigenossen zum Landesvorsitzenden wiedergewählt (Landesparteitag der SPD Saar, 23. März 1986). Der niedersächsische Oppositionsführer Gerhard Schröder teilt diesen „Ansatz“ (Welt, 26. März 1986).

Ähnlich ist die Anpassung an die GRÜNEN beim Thema Bundeswehr. In einem Antragsentwurf des Vorsitzenden der Sicherheitspolitischen Kommission beim SPD-Parteivorstand, Andreas von Bülow, zum SPD-Bundesparteitag 1986 wird gefordert, „den Umfang der präsenten Bundeswehrverbände . . . zu verringern“ und auf „deutlich niedrigere Friedensumfangzahlen“ zu senken (sog. Bülow-Papier, September 1985). Im Entwurf des Leitantes dieser Kommission heißt es dann,

„größere Teile der Streitkräfte“ müssen „auf Kaderverbände reduziert werden“. Es werden außerdem „selbständige Abrüstungsschritte einer Seite, zeitlich und regional (sektoral) begrenzt“, verlangt. (Leitantrag zur Friedens- und Sicherheitspolitik vom 13. März 1986, S. 12 und S. 21) Der einflußreiche „Frankfurter Kreis“ der SPD-Linken will ebenfalls „die Friedensstärke der Bundeswehr schrittweise reduzieren“ (nach: FR, 21. Februar 1986).

## Beispiel NATO-Doppelbeschluß:

Die GRÜNEN forderten schon immer den einseitigen Ausstieg aus dem NATO-Doppelbeschluß und damit die Hinnahme der Bedrohung durch sowjetische Mittelstreckenraketen. „Es geht darum, das Instrument eines Aufrüstungsbeschlusses konsequent abzulehnen.“ (Petra Kelly im Deutschen Bundestag, 36. Sitzung, 22. November 1983, Plenarprotokoll S. 2522; siehe auch BT-Drucksachen 10/617 vom 17. November 1983, 10/719 vom 1. Dezember 1983 und 10/831 vom 15. Dezember 1983 sowie den Antrag der GRÜNEN beim Bundesverfassungsgericht, Aktenzeichen 2 BvE 13/83.)

Die SPD hat sich angepaßt. Im Dezember 1979 sprachen sich auf dem SPD-Parteitag in Berlin noch etwa 80 Prozent der Delegierten für den NATO-Doppelbeschluß aus (nach: SZ, 6. Dezember 1979). Im Mai 1981 forderte der Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg eine Überprüfung der „Geschäftsgrundlage“ des Doppelbeschlusses (Rheinische Post, 4. Mai 1981). Später lehnten Oskar Lafontaine und die SPD Saar den Beschluß ab (7./8. November 1981). Dann kippten die Landesverbände einer nach dem anderen um, und im Oktober 1983, knapp vier Jahre nach der Befürwortung auf dem Berliner Parteitag, lehnte der SPD-

Parteitag in Köln den Doppelbeschluß gegen nur 14 Stimmen ab. Nur der Regierungswechsel in Bonn 1982 hat verhindert, daß diese Beschlüsse politisch verwirklicht wurden. Die Umsetzung der SPD-Beschlüsse hätte den Anfang vom Ende der NATO bedeutet.

## Beispiel Anti-Amerikanismus:

Dieses Umkippen der SPD hat seine Ursache in einer völlig gewandelten Haltung der SPD zu den USA. Die GRÜNEN bezeichnen die USA von jeher als „angriffslustig“ und „aggressiv“ (Erklärung zur Friedenspolitik, Duisburg, 18. November 1983). Sie werfen den USA die „Verschärfung der Blockkonfrontation“ und „Weltvorherrschaftspläne“ vor (25 Thesen der Alternativen Liste zur GRÜNEN-Deutschlandpolitik).

Wichtige Teile der SPD passen sich dem an. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ), Horst Isola, behauptet z. B.: „Der größte NATO-Partner ist auf der ganzen Welt auf der Suche nach Krieg und zündelt bei jeder besten Gelegenheit.“ (Zitiert nach: Weser-Kurier, 4. November 1983.)

SPD-Gliederungen rufen zu anti-amerikanischen Demonstrationen auf. So geschah es im Herbst 1981 beim Berlin-Besuch des amerikanischen Außenministers Haig, und so geschah es im Mai 1985 bei einer Gegenkundgebung zum Besuch Ronald Reagans auf dem Hambacher Schloß. Hauptredner auf dieser Veranstaltung waren das SPD-Präsidiumsmitglied Hans-Jürgen Wischniewski und das Mitglied des SPD-Parteivorstandes, Oskar Lafontaine.

Die anti-amerikanistischen Tendenzen in der SPD werden verstärkt durch die Angriffe des niedersächsischen SPD-Kandidaten Schröder: Als „Kanonenbootpoli-

tik“ hat der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerhard Schröder die Entsendung amerikanischer Truppen zu Manövern im mittelamerikanischen Raum bezeichnet. In einem Gespräch mit ppp erklärte Schröder, die Amerikaner wollten Druck auf Nicaragua ausüben, um die „unbestreitbaren Erfolge der sandinistischen Revolution“ zu zerstören. Die „imperialistische Großmachtspolitik Reagans“ mißachtet dabei nach Meinung von Gerhard Schröder „brutal das Selbstbestimmungsrecht der Völker in Mittelamerika“. Vor diesem Hintergrund sei es „blanker Zynismus der Vereinigten Staaten und des Westens“, über die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan zu klagen. „In Mittelamerika verhalten sich die Amerikaner keinen Deut besser“, meinte Schröder. (Gerhard Schröder, MdB: Reagan betreibt in Mittelamerika Kanonenbootpolitik, ppp, 22. Juli 1983.)

Jüngstes Beispiel ist der Gleichklang von SPD und GRÜNEN-Erklärungen zu dem amerikanischen Einsatz gegen den Terroristen-Chef Gaddafi. Die GRÜNEN meinten: „Die Reagan-Administration ist nun offensichtlich vollkommen verrückt geworden.“ (Nach: Frankfurter Rundschau, 16. April 1986.) Genauso die SPD: Der sozialdemokratische Pressedienst ppp wirft den USA eine „Provokation“ auf „Rambo-Linie“ vor, der SPD-Europaabgeordnete Dieter Schinzel spricht an gleicher Stelle von „Terroraktionen, wie sie jetzt von dem amerikanischen Präsidenten veranstaltet wurden“, und der Bundessekretär der Jusos, Roland Röscheisen, redet gar von der „verbrecherischen Tat eines senilen Mannes“ (ppp, 15. April 1986).

Der stellvertretende SPD-Vorsitzende und Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, verurteilt diesen Schlag gegen den Terrorismus als „politisch sinnlos“, „unannehmbar“ und

„in hohem Maße gefährlich“ (Informationen der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 16. April 1986).

## Beispiel Wirtschaftspolitik:

Sozialdemokratische Forderungen nach mehr Staat, mehr Dirigismus und mehr Steuern sind nicht neu. Es ist aber schon auffallend, wie SPD und Grüne mit ihren Extremforderungen übereinstimmen.

In ihrem Programmentwurf „Umbau der Industriegesellschaft“ (Februar 1986) sprechen die GRÜNEN von einem „großen zentralstaatlichen Handlungsbedarf“ (S. 24). Sie wollen „erhöhte Gebrauchssteuern“, die „dem Unternehmenssektor auferlegt werden“, und die „Erhöhung der Mineralölsteuer“ um 20 Pfennig pro Liter (S. 21/S. 46). Und sie fordern, das „Kohlsche Steuersenkungsgesetz zurückzunehmen“, die „Vermögensteuer anzuheben“ und „Arbeitnehmereinkommen an der Quelle zu besteuern“ (S. 31).

Ähnliche Tendenzen gibt es bei führenden Leuten in der SPD. Z. B. fordert der nordrhein-westfälische SPD-Fraktionsvorsitzende Friedhelm Farthmann in seinen „Thesen zur Wirtschaftspolitik“ ebenfalls einen „starken Staat“, „der mit planerischen Elementen marktwirtschaftlichen Fehlentwicklungen vorbeugt“ (Thesen zur Wirtschaftspolitik, März 1986, S. 4 ff.). Er will „eine merkliche Erhöhung der Staatsquote“ und „gerade nicht“ ihren „Abbau durch Steuersenkungen und Rückzug des Staates aus der Wirtschaft“ (S. 7). Dazu wird die „Rücknahme der seit 1983 erfolgten Steuersenkungsmaßnahmen“, eine höhere Belastung der „Besserverdienenden“, die „Durchsetzung“ der „Quellensteuer“ und „die Anhebung der Mineralölsteuer“ (S. 9) verlangt.

## Beispiel Kernenergie:

Die GRÜNEN fordern den „sofortigen Genehmigungs- und Baustopp für Atomkraftwerke und Betriebsstopp für bereits in Betrieb befindliche Atomanlagen“ (Bundesprogramm 1980). In Wackersdorf organisieren sie einen Dauerprotest gegen die Wiederaufarbeitungsanlage.

Viele Jahre unterstützte die SPD die Kernenergie. Unter einem sozialdemokratischen Bundeskanzler wurde die Anlage in Wackersdorf beschlossen. Heute paßt sich die SPD den GRÜNEN an. Jetzt ist es „Ziel sozialdemokratischer Energiepolitik, . . . Energieversorgung ohne Kernenergie zu gewährleisten“ (Beschluß des Essener SPD-Parteitag, 17. bis 21. Mai 1984). Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion „lehnt den Bau der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf ab“ (Entschließungsantrag im Deutschen Bundestag, 2. Oktober 1985).

## Beispiel Deutschlandpolitik:

In einer Fraktionsdebatte am 16. Juni 1984 setzten sich große Teile der grünen Bundestagsfraktion dafür ein, das Wiedervereinigungsgebot in der Präambel des Grundgesetzes zu streichen. Die Bundesregierung wurde kritisiert, weil sie die Überwindung der deutschen Teilung wieder als Ziel ihrer Politik propagiere (dpa, 16. Juni 1984).

Die deutsche Einheit war für die SPD lange unstrittig. Jetzt beginnt sie, sich den GRÜNEN anzupassen. In einem Konzept der SPD-Linken im „Frankfurter Kreis“ heißt es: „Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden.“ (Nach: FR, 21. Februar 1986.)

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Jürgen Schmude (immerhin einmal SPD-Justiz-

minister und stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion) stellte in einer Rede am 17. Mai 1985 vor dem Kuratorium Unteilbares Deutschland den Wiedervereinigungsanspruch der Präambel des Grundgesetzes und das Grundlagenteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1973 zur Disposition, als er fragte, ob der Wiedervereinigungsanspruch der letztlich einzige verfassungsrechtlich zulässige Weg zur Wiedervereinigung sei, und er hinzufügte, es erzwingt sich „doch geradezu die Frage, ob nicht auch der Verfassungsgeber allmählich daran gehen muß, aus den Erfahrungen der vierzig Jahre Konsequenzen zu ziehen“. (In: Informationen der SPD-Bundestagsfraktion, 17. Mai 1985, S. 106 ff.)

## Beispiel innere Sicherheit:

Die GRÜNEN wollen, daß für „Bagatelldelikte“, zu denen sie auch Diebstahl und Betrug zählen, „alle Möglichkeiten der Entkriminalisierung ergriffen werden“ (Wahlprogrammwurf 87, S. 3 f.). Diese Delikte sollen straffrei gemacht werden. Während die GRÜNEN dies erst fordern, ist es bei der SPD schon politische Praxis! Der nordrhein-westfälische Justizminister Rolf Krumsiek hat angeordnet, daß Ladendiebstähle bis zu einem Sachwert von 100,— DM nicht mehr verfolgt werden sollen.

Die GRÜNEN fordern, daß „der Polizeiapparat umstrukturiert bzw. schrittweise abgebaut“ wird (Wahlprogrammwurf 87 S. 6). Und Johano Strasser, Mitglied der Grundwertekommission beim SPD-Parteivorstand, meint: „Ich bin für eine schlechte Polizei, der viele Straftäter durch die Lappen gehen“ (tageszeitung, 13. Februar 1986).

Entsprechend lehnen auch GRÜNE und Sozialdemokraten den fälschungssicheren und schnell lesbaren Personalausweis, die computergestützte Gebietsfahn-

dung nach Schwerstverbrechern und die Sicherheitsgesetze ab. Die GRÜNEN sprechen von „Überwachungsgesetzen“ und „Überwachungsstaat“ (Bundesvorstand der GRÜNEN, Anzeige in FR, 19. März 1986), der sozialdemokratische Pressedienst nennt die Gesetze zur Einhaltung des Datenschutzes „Ermächtigungsgesetze“ (ppp, 25. Februar 1986). Der niedersächsische SPD-Kandidat Gerhard Schröder bezeichnet sie als „Überwachungs- und Schnüffelgesetze“ (31. Januar 1986, Plenarprotokoll 10/195, S. 15105).

GRÜNE und SPD wollen Verfassungsfeinden den Zugang zum öffentlichen Dienst ermöglichen. Die GRÜNEN wenden sich „mit aller Entschiedenheit“ gegen das Fernhalten von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst; dies wird von ihnen als „Berufsverbot“ verunglimpft (Bundesprogramm von 1980, S. 31). Ein sozialdemokratischer Ministerpräsident setzt diese grüne Forderung um: Oskar Lafontaine verfügte im Saarland, daß Bewerber für den öffentlichen Dienst nicht mehr auf ihre Verfassungstreue überprüft werden. GRÜNE und SPD sind jetzt gemeinsam dafür, daß Neonazis und Kommunisten in den öffentlichen Dienst gelangen und dort z.B. an den Schulen unterrichten dürfen.

Die Beispiele zeigen, was von der Behauptung Raus zu halten ist, auf keinen Fall mit den GRÜNEN zusammenarbeiten zu wollen. Rau kann das Abkippen der SPD zu den GRÜNEN nicht verhindern.

Immer dann, wenn die SPD nur mit Hilfe der GRÜNEN an die Macht kommen kann, wird sie diese Chance nutzen; Dohnanyi hat es vorgehabt, Börner hat es vorgegemacht, Schröder hat es angekündigt, und Rau würde es geschehen lassen. Wenn Rau sich wirklich nicht von den

GRÜNEN zum Kanzler wählen lassen will, dann stehen bereits Willy Brandt oder Oskar Lafontaine als Reservekandidaten von grünen Gnaden zur Verfügung.

In der ZDF-Sendung „Journalisten fragen, Politiker antworten“ hat Rau am 10. April 1986 gesagt: „Bei der Bundestagswahl geht es ja nicht um eine beliebige Wahl . . ., sondern um nationales Interesse. Die Bundesrepublik ist zu wichtig, als daß sie sich eine Regierung leisten könnte, die nicht stabil ist.“ Dies bedeutet im Klartext: Was für den Bund und Nordrhein-Westfalen falsch und gefährlich ist, soll den Niedersachsen zugemutet werden. Dabei ist klar: Die Folgen einer rot-grünen, instabilen Regierung wären mehr Arbeitslose und weniger Wohlstand. Rau hatte daher auch ein rot-grünes Bündnis in Nordrhein-Westfalen entschieden abgelehnt. Die Bürger von Niedersachsen wissen nun, wie die SPD die Interessen und die Bedeutung ihres Landes einschätzt: Niedersachsen soll nach Hessen das zweite Versuchskaninchen für gefährliche politische Experimente werden.

In dem einen Punkt hat der SPD-Kandidat recht, wenn er meint, die Bundestagswahl sei ja nicht eine beliebige Wahl, sondern es gehe um das nationale Interesse. Damit hat er die Auffassung der CDU bestätigt, daß die nächste Bundestagswahl eine Richtungswahl ist. Es geht darum, ob die Union ihre erfolgreiche Politik fortsetzen und unser Land in eine sichere Zukunft führen kann, oder ob unser Land durch eine Koalition von Sozialdemokraten und GRÜNEN in die Krisenzeiten der 70er Jahre zurückgeworfen wird.

Mit freundlichen Grüßen

*Heiner Geißler*

Dr. Heiner Geißler, MdB

## Reaktorunglück in Tschernobyl:

# Die Verantwortung liegt allein bei den Sowjets

**Zu dem Atomunfall in der Sowjetunion erklärt der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger: Das eigentlich Beunruhigende an dem Atomunfall in Tschernobyl ist, daß die sowjetische Führung versucht hat, den Vorfall totzuschweigen. Erst nachdem unwiderlegbare Meßwerte vorlagen und westliche Regierungen besorgte Anfragen an die Kreml-Führung richteten, fand sich die Sowjetunion bereit, den Atomunfall zu bestätigen.**

Es ist an der Zeit, daß endlich ein funktionierendes, weltweites Kernenergiemeldesystem eingerichtet wird, dem alle Nationen angeschlossen sind, die die Kernenergie friedlich nutzen. Die Sowjetunion ist aufgerufen, ihre kerntechnischen Einrichtungen im Hinblick auf ihre Sicherheitstechnik von einem internationalen Gremium überprüfen zu lassen und sicherheitstechnisch nachzurüsten. Denn nach den vorliegenden Informationen sind die sowjetischen Reaktoren — nicht nur in Tschernobyl — technisch hoffnungslos veraltet und dazu noch mit außerordentlich mangelhaften Sicherheitseinrichtungen ausgerüstet. Diese Situation ist seit Jahren bekannt.

Der Atomunfall in der Sowjetunion gibt Anlaß zu intensiven internationalen Anstrengungen, die vorhandenen bzw. künftig zu erbauenden Kernkraftwerke überall auf den bestmöglichen Standard zu bringen. Dies eröffnet eine neue Chance, Felder sinnvoller internationaler Zusammenarbeit zwischen Ost und West zu erschließen.

Ich warne die SPD davor, jetzt gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie zu polemisieren. Der jüngste Beschluß des SPD-Parteivorstandes und die Äußerungen des Kanzlerkandidaten Rau zu diesem Thema zielen in diese Richtung. Wer fortschrittliche Reaktortechnik bedingungslos ablehnt und nach Möglichkeiten zum vollständigen Ausstieg aus der Kernenergie sucht, der steigt aus der Wirklichkeit des industriellen Zeitalters aus und ist unfähig, die Regierungsverantwortung für eine der größten Industrienationen der Welt zu übernehmen.

Der innen- und umweltpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Laufs, erklärte u. a.: Es ist entlarvend, wenn hier interessierte Kreise statt der Sowjetunion die Bundesregierung einer unzureichenden Informationspolitik bezichtigen. In der Sondersitzung des Innenausschusses wurde deutlich, daß die deutschen Kernkraftwerke den weltweit besten Sicherheitsstandard aufweisen und nach den bisherigen Erkenntnissen ein derartiger Unfall hier nicht möglich wäre. Für Panikmache oder gar den Ausstieg aus der Kernenergie besteht daher überhaupt keine Veranlassung.

Bundesforschungsminister Riesenhuber betonte, ein Ausstieg aus der Kernenergie nütze überhaupt nichts, sondern bringe nur Schaden für die Bundesrepublik Deutschland. Ein Ausstieg ändere auch nichts an möglichen Gefahren der Kernenergie, die von außen kämen: „Unsere Aufgabe besteht darin, die Kernenergie weltweit deutschen Sicherheitsstandards anzupassen!“

Rita Süsmuth:

## Dem vorbeugenden Gesundheitsschutz in vollem Umfang Rechnung getragen

**Bundesgesundheitsministerin Rita Süsmuth erklärte auf einer Pressekonferenz in Bonn am 6. 5. 1986 zu den Maßnahmen auf dem Lebensmittelsektor nach Tschernobyl u.a.:**

Seit Dienstag, den 29. 4. 1986, als in der Bundesrepublik Deutschland noch keine erhöhten Luftbelastungswerte festzustellen waren, arbeiten die Bundesressorts intensiv an Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen des Kernkraftunfalls in der UdSSR. Enge Kontakte mit den Ländern laufen seit Mittwoch der vergangenen Woche, als dies auch ein Thema der Umweltministerkonferenz von Bund und Ländern war. Die für den Strahlenschutz verantwortlichen Länderbehörden sind unmittelbar im Anschluß an die Sitzung der Strahlenschutzkommission am Freitag, dem 2. 5. 1986, über das Ergebnis informiert worden. Ein Gespräch mit den Staatssekretären der Umwelt- und Gesundheitsressorts und ein weiteres Gespräch mit den Lebensmittelexperten der Länder wird in Kürze stattfinden. Dies alles sind Maßnahmen, um eine möglichst intensive Abstimmung zwischen Bund und Ländern sicherzustellen.

Mitglieder der Strahlenschutzkommission beraten permanent seit Donnerstag, dem 1. 5. 1986, mit den zuständigen Ressorts der Bundesregierung. Von der Sitzung der Strahlenschutzkommission erwartet die Bundesregierung weitere Empfehlungen.

Die bisherigen Arbeiten der Strahlenschutzkommission haben die erforderlichen Maßnahmen nach dem Grad ihrer

Dringlichkeit in Angriff genommen. Zunächst mußte es darum gehen, als unverzügliche Sofortmaßnahme kontaminierte (strahlenverseucht) Importe aus der UdSSR und aus anderen ähnlich stark betroffenen Ostblockstaaten von der Bundesrepublik Deutschland fernzuhalten. Das ist bereits am 1. 5. 1986, ergänzt am 2. 5. 1986, durch einschneidende Einfuhrbeschränkungen für Frischprodukte geschehen. Grenzwerte für Milch mußten das nächste Thema sein. Das ergibt sich daraus, daß Jod-131 durch kontaminiertes Gras sehr schnell in die Kuhmilch gelangt. Frisches Blattgemüse mußte der nächste Gegenstand für Grenzwerte sein, da hier durch Oberflächenablagerungen ebenfalls eine Kontamination mit Jod-131 zu erwarten war.

In der Strahlenschutzverordnung ist festgelegt, welcher Wert auch bei einem Störfall nicht überschritten werden darf. Der Wert beträgt 15 Rem für die Schilddrüse, in der sich radioaktives Jod-131 anreichert. Hätte man diesen Wert hier zugrunde gelegt, dann wäre nach dem jetzt bekannten Stand die Festlegung von Grenzwerten der Aktivität in Milch und Blattgemüse (für letzteres sage ich es mit kleinen Einschränkungen) nicht erforderlich gewesen.

Aber Bundesregierung und Strahlenschutzkommission sind hier nach dem sogenannten Minimierungsgebot verfahren, sie wollten dafür Sorge tragen, daß die Belastung der Menschen erheblich darunter bleibt. So ist der Grenzwert für Milch so festgelegt worden, daß für ein Kleinkind, das eine Woche lang täglich einen

Liter Milch mit diesem Grenzwert der Aktivität trinkt, die Belastung nicht größer als 3 Rem wird. Das Kleinkind wird für die Bemessung deshalb gewählt, weil ein Kleinkind am empfindlichsten auf Strahlenbelastungen reagiert und bekanntlich am meisten Milch trinkt.

Den Grenzwert für radioaktives Jod-131 in Frischmilch hat die Strahlenschutzkommission auf 500 Becquerel pro Liter festgelegt; daraus ergibt sich die oben genannte Belastung von höchstens 3 Rem. Bei dem Wert von etwa 3 Rem ist auch schon mitberücksichtigt, daß das Kind, das eine Woche lang jeden Tag einen Liter Milch zu sich nimmt, außerdem täglich 1 kg Spinat mit dem dafür festgesetzten Grenzwert zu sich nähme. Der Grenzwert für Blattgemüse wie Spinat beträgt 250 Becquerel pro Kilogramm. Wir wissen natürlich alle, daß ein Kind in einer Woche nicht so viel Spinat ißt. Damit ist eine weitere Sicherheitsmarge eingebaut.

Ich habe bisher immer von Grenzwerten für Jod-131 gesprochen. Dieses Element wird von den Strahlenfachleuten in der gegenwärtigen Phase für frische Lebensmittel als das entscheidende angesehen. Bei Lebensmitteln, die gelagert werden, spielt Jod-131 dagegen wegen der Kurzlebigkeit keine Rolle. Jod-131 hat eine Halbwertszeit von etwa acht Tagen.

Anders ist es mit Cäsium-137, dessen Aktivität sich erst in 30 Jahren um die Hälfte vermindert. Deshalb ist auf Vorschlag der Strahlenschutzkommission bereits jetzt für die Weiterverarbeitung von frischem Gemüse zu lagerfähigen Produkten ein Cäsiumgrenzwert festgelegt worden, 100 Becquerel pro Kilogramm Frischsubstanz. Was bedeuten diese 100 Becquerel Cäsium-137 nun an Belastung für den Menschen? Selbst der langfristige Verzehr von 100 kg eines entsprechenden Lebensmittels bewirkt eine Belastung von

höchstens 10 Millirem (natürliche Strahlenbelastung 100—200 Millirem).

Zu Cäsium-137 ist im übrigen zu bemerken, daß dieses Element im Vergleich zu Jod-131 die natürliche Strahlenbelastung in den kommenden Jahren als Folge der Aufnahme von Nahrungsmittel nur unwesentlich erhöht. Es handelt sich hier um eine Erhöhung in der Größenordnung von 10 %.

**Alles in allem ist mit diesen Strahlenschutzmaßnahmen dem vorbeugenden Gesundheitsschutz in vollem Umfang Rechnung getragen. Dies ist die Meinung der Strahlenschutzkommission, auf deren Votum sich die Bundesregierung stützt.**

Am 5. Mai 1986 waren Vertreter des Bundesgesundheitsministerium und des Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in Brüssel, um dort die Situation nach dem Kernkraftunfall in den UdSSR gemeinsam mit den anderen EG-Ländern und der Kommission zu beraten. Dabei hat sich gezeigt, daß die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland aufgrund der Arbeiten der Strahlenschutzkommission als einzige über bereits wissenschaftlich fundierte Grundlagen für Grenzwerte verfügten. Es zeichnet sich zweierlei ab:

1. Die EG-Kommission wird ganz kurzfristig entweder dem Ministerrat einen Verordnungsvorschlag vorlegen oder eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten geben, welche Grenzwerte innerhalb der EG bei Frischmilch und Blattgemüse angewendet werden sollen. Die Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums haben den Eindruck aus Brüssel mitgebracht, daß hier eine gewisse Tendenz für die Festlegung auf die deutschen Grenzwerte besteht. Die Niederlande hatten bereits vor der gestrigen Sitzung in Brüssel den deutschen Grenzwert für Frischmilch übernommen.

2. Gegenüber den Ostblockstaaten, für die die Bundesregierung bisher Einfuhrbeschränkungen festgelegt hat, wird möglicherweise von der EG ein vorläufiger Einfuhrstopp für Frischprodukte vorgesehen. Damit würde im Prinzip auch hier die deutsche Regelung übernommen.

Die Bundesregierung hat sich von Anfang an mit großem Nachdruck für EG-einheitliche Richtlinien eingesetzt.

Aus Gründen des vorbeugenden Gesundheitsschutzes wird eine Arbeitsgruppe der Strahlenschutzkommission erneut beraten. Dabei geht es auch um solche Lebensmittel, bei denen — anders als bei Milch — eine Anreicherung radioaktiver Elemente sich weniger stark vollzieht, z.B. für Fleisch und Fleischerzeugnisse.

In der Sitzung der Arbeitsgruppe der Strahlenschutzkommission wird festgelegt werden, für welche Lebensmittel überhaupt Grenzwerte in Betracht zu ziehen sind. Geprüft werden neben Fleisch: Eier, Geflügel, Wild, Trinkwasser aus Oberflächengewässern.

**Eine Fülle von Maßnahmen wie hier ist Ausdruck der Verantwortung der Bundesregierung für den vorbeugenden Gesundheitsschutz. Sie dient dem Zweck, die Möglichkeit einer Gesundheitsgefährdung bereits im Vorfeld abzufangen.**

## Was ist Rem und Bc?

Becquerel, abgekürzt bc, ist die Einheit der von einem radioaktiven Stoff ausgehenden Strahlung. Rem gibt dagegen die Menge der Strahlenbelastung an, der ein Mensch ausgesetzt ist. Der Unterschied ist ähnlich wie zwischen Schadstoff-Emission und Schadstoff-Immission. Was dem Auspuff eines Autos an Abgasen entströmt, ist die Emission, was der Mensch am Fußweg davon einatmet, ist die Immission. Die Aktivität von einem bc liegt vor, wenn pro Sekunde ein Atomkern einer bestimmten radioaktiven Substanz zerfällt.

1 Rem ist dagegen die Einheit für die Wirkung der radioaktiven Strahlung auf den menschlichen Organismus. Wichtig sind hier die Grenzwerte. Nach einem internationalen Standard sollte ein Mensch innerhalb von 30 Jahren keiner höheren Belastung als 5 Rem ausgesetzt werden. In der Bundesrepublik darf nach der Strahlenschutzverordnung die Belastung durch künstliche Strahlenquellen pro Jahr 150 Millirem (1 Rem = 1000 Millirem) nicht überschreiten. Die natürliche Strahlenbelastung pro Jahr beträgt 110 Millirem.

## Weizsäckers Rede zum 8. Mai wurde ein Bestseller

Ein Jahr nach der Rede von Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum 8. Mai 1985 und damit zum 40. Jahrestag des Kriegsendes in Europa gehen noch wöchentlich etwa 180 Anforderungen nach dem Text beim Bundespräsidialamt und beim Bundespresseamt ein. Die Rede ist inzwischen, außer den Veröffentlichungen in Tageszeitungen, in 1,5 Millionen Exemplaren verbreitet worden. Über 50 000 Briefe und Postkarten erreichten den Bundespräsidenten und das Presseamt bisher. (Auch in UiD-Nr. 18/85 ist die Rede des Bundespräsidenten veröffentlicht worden.)

# Erklärung über die Auswirkungen des Kernreaktorunfalls von Tschernobyl

**Auch die sieben Teilnehmer des westlichen Wirtschaftsgipfels in Tokio befaßten sich mit dem Unfall in Tschernobyl. Vor allem Bundeskanzler Helmut Kohl hatte sich für die Erörterung des Atomunfalls und für die nachfolgende Entschließung eingesetzt. Die „Erklärung über die Auswirkungen des Kernreaktorunfalls von Tschernobyl“ hat folgenden Wortlaut:**

1. Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben Industriestaaten und die Vertreter der europäischen Gemeinschaften, haben die Auswirkungen des Unfalls im Kernreaktor von Tschernobyl erörtert. Wir sprechen den Betroffenen unsere tiefe Anteilnahme aus. Nach wie vor sind wir insbesondere zu medizinischer und technischer Hilfe bereit, soweit wir darum gebeten werden.

2. Die Kernkraft ist, und bei richtiger Handhabung bleibt sie, eine immer breiter genutzte Energiequelle. Für jedes Land stellt die Gewährleistung der Sicherheit eine internationale Verantwortung dar, und jedes Land, das Kernenergie erzeugt, ist für die Sicherheit von Planung, Bau, Betrieb und Instandhaltung seiner Anlagen voll verantwortlich. Jedes unserer Länder erfüllt anspruchsvolle Sicherheitsnormen. Des weiteren ist jedes Land für eine prompte Bereitstellung eingehender und vollständiger Informationen über nukleare Notsituationen und Unfälle verantwortlich, insbesondere, wenn mit ihnen mögliche grenzüberschreitende Konsequenzen einhergehen. Jedes unserer Länder akzeptiert diese Verantwortung, und wir fordern die Regierung der Sowjetunion, die dies im Fall von Tschernobyl unterließ, dringend zur

Lieferung solcher Informationen auf, wie unsere und andere Länder sie erbeten haben.

3. Wir nehmen befriedigt zur Kenntnis, daß die Sowjetunion in dieser Woche zu Gesprächen mit dem Generaldirektor der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) bereit ist. Wir erwarten, daß diese Gespräche zu einer Beteiligung der Sowjetunion an der erwünschten nachträglichen Analyse des Unfalls führen werden.

Wir begrüßen und ermutigen die Bemühungen der IAEO, die internationale Zusammenarbeit mit Bezug auf die Sicherheit von Kernanlagen, die Bewältigung von Nuklearunfällen und ihren Folgen und die Bereitstellung gegenseitiger Nothilfe zu verbessern. In Fortführung der einschlägigen IAEO-Richtlinien treten wir nachdrücklich für die baldige Ausarbeitung einer internationalen Übereinkunft ein, in der sich die Vertragsparteien zur Berichterstattung und zum Informationsaustausch im Falle nuklearer Notsituationen oder Unfälle verpflichten. Dies sollte binnen denkbar kurzer Frist geschehen.

## Demos an der falschen Adresse

**Deutsche Kernkraftwerke sollen abgeschaltet werden, verlangten Demonstranten und GRÜNE, weil das Kraftwerk in Tschernobyl explodiert war. Nicht die Bundesrepublik, sondern die UdSSR wäre hier die richtige Adresse! Aber da wurde niemand gesichtet.**

# Trendwende auf dem Arbeitsmarkt

## Deutlich weniger Arbeitslose

Im April sind die Arbeitslosenzahlen um über 200 000 erfreulich kräftig zurückgegangen. Die Quote ist dadurch auf 9 Prozent gesunken, der günstigste April-Wert seit 1982. Weitere Indikatoren, die auf klare Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt hindeuten: Die Kurzarbeiterzahlen sind erneut zurückgegangen und bewegen sich weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Die Zahl der offenen Stellen ist fast doppelt so hoch wie im April 1983. Erfreulich ist der gegenüber dem Vormonat nochmals deutliche Rückgang bei den arbeitslosen Jugendlichen.

Auch der Monatsbericht der Deutschen Bundesbank sowie das Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute belegen: Die Trendwende auf dem Arbeitsmarkt ist erreicht. Die Zahl der Erwerbstätigen steigt wieder. Waren es im Jahr 1985 über 200 000 Arbeitsplätze mehr, so werden im laufenden Jahr mindestens 300 000 neue Arbeitsplätze entstehen.

Der „erfreulich kräftige Rückgang“ ist nach den Worten von Franke, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, auf die im April wirksamen saisonalen Auftriebskräfte zurückzuführen. Aber auch konjunkturell sei die Arbeitslosigkeit neuerdings etwas zurückgegangen.

Nach Ansicht des CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Jagoda berechtigen die Zahlen zu Hoffnungen, daß „das Ausmaß der Unterbeschäftigung im Verlauf dieses Jahres kontinuierlich abgebaut werden dürfte“.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, erklärte: „Die aktuellen Arbeits-

marktzahlen sind ein klares Dementi gegen Schwarzmalerei der Entwicklung am Arbeitsmarkt. Der Rückgang der Arbeitslosenzahlen war seit den 50er Jahren in einem April nicht mehr so stark, der Zugang offener Stellen seit 1978 nicht mehr so hoch.

Jetzt muß weiter alle Kraft auf den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit konzentriert werden:

Die günstigen ökonomischen Rahmenbedingungen müssen noch stärker für die Einstellung Arbeitsloser genutzt werden, Einstellen muß vor Überstunden gehen und weiter muß gelten: Besser befristet in Arbeit als unbefristet arbeitslos. Weitere arbeitsplatzschaffende Investitionen sind eine Bringschuld der Unternehmer.

■ Das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen muß weiter erhöht werden.

■ Mehr berufliche Qualifizierung und Weiterbildung muß zum besseren Ausgleich von Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt beitragen. Dazu gibt es neue und bessere Hilfen der Arbeitsförderung.“

## Aufgespießt

### Kein schneller Vogel

*In einem „Zeit“-Interview vom 18. Februar 1983 sagte der SPD-Vorsitzende Vogel: „Wenn Sie mich fragen, welchen Zeitraum ich brauche, um diesen Prozeß der weiter ansteigenden Arbeitslosigkeit zu bremsen und dann umzukehren, dann antworte ich, daß dies eine Aufgabe für eine volle Regierungsperiode sein wird.“*

**Merke: Die Bundesregierung hat das in kürzerer Zeit geschafft.**

# Das verschweigt der DGB: Pluspunkte für die Arbeitnehmer

Auf seinen Mai-Kundgebungen hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Chance verpaßt, aus dem 1. Mai einen Beitrag zum sozialen Frieden zu machen und den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik wieder Hoffnung und Mut für die Zukunft zu geben. Mit seinem Dauerwahlkampf für die SPD verliert der DGB nicht nur jede Glaubwürdigkeit, sondern gefährdet auch den Gedanken der Einheitsgewerkschaft, erklärt der CDU-Bundesgeschäftsführer Peter Radunski:

Die CDU fordert den DGB auf, im Interesse der Arbeitnehmer und der Arbeitslosen zur Sachlichkeit und zum Dialog zurückzukehren. Denn die Beseitigung der Arbeitslosigkeit kann nur in einer gemeinsamen großen Anstrengung geschafft werden. Mit Partnerschaft und nicht mit Klassenkampf können wir gemeinsam die Zukunft gewinnen.

Die CDU wird in breit angelegten Informationskampagnen den über 25 Mio. Arbeitnehmern in der Bundesrepublik die wahre wirtschaftliche und soziale Lage mitteilen, die der DGB seinen 800 000 Kundgebungsteilnehmern verschwiegen hat.

Beim Vergleich zwischen der Schlußbilanz der SPD 1982 und der Erfolgsbilanz der Regierung Helmut Kohl 1986 kann der DGB nicht behaupten, die CDU-Politik sei arbeitnehmerfeindlich. Tatsachen beweisen, daß das Gegenteil richtig ist:

## Pluspunkt für Arbeitnehmer Nr. 1: Mehr Beschäftigung

1982 Beschäftigungszahlen minus 400 000.

1986 Beschäftigungszahlen plus 300 000. In den beiden letzten Jahren der Regie-

rung Schmidt ging die Zahl der Erwerbstätigen um 820 000 zurück.

## Pluspunkt für Arbeitnehmer Nr. 2: Steigende Einkommen

1982 Realeinkommensrückgang um 2,2 Prozent.

1986 Realeinkommensanstieg um fast 4 Prozent.

## Pluspunkt für Arbeitnehmer Nr. 3: Stabile Preise

1982 Kaufkraftverlust durch Preisanstieg von 5,3 Prozent.

1986 Preisstabilität, Inflationsrate bewegt sich im Jahresdurchschnitt in Richtung 1,5 Prozent.

## Pluspunkt für Arbeitnehmer Nr. 4: Wachstum

1982 Rückgang des realen Bruttosozialprodukts um -1 Prozent.

1986 Anstieg des realen Bruttosozialprodukts um mehr als 3 Prozent.

## Pluspunkt für Arbeitnehmer Nr. 5: Sichere Renten

## CDA: Unverantwortlich

Die christlich-demokratischen Arbeitnehmer (CDA) sind verärgert darüber, daß ihre Redner bei den DGB-Veranstaltungen zum Maifeiertag im Industrieland Nordrhein-Westfalen so gut wie gar nicht berücksichtigt worden sind. Der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirkes, Edgar Prochnow, sagte in Düsseldorf, er habe „den Eindruck, daß die Kreisverbände des DGB in diesem Jahr keine CDA-Leute haben wollten“. Es sei unverständlich, daß bei 92 Veranstaltungen in insgesamt 50 nordrhein-westfälischen DGB-Kreisen nur vier CDA-Redner zum Zuge kamen.

# Prinzipien der Einheitsgewerkschaft vom DGB gröblich verletzt

Unter Leitung seines Vorsitzenden Norbert Blüm tagte am 2. Mai 1986 in Oldenburg der Bundesvorstand der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA). Dabei wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der CDA-Bundesvorstand hat mit großer Sorge tiefgreifende Verletzungen der Prinzipien der Einheitsgewerkschaft auf den DGB-Kundgebungen zum 1. Mai diskutiert. Diese Verletzungen sind vorläufiger Höhepunkt von Fehlentwicklungen im DGB, die alle überzeugten Einheitsgewerkschafter beunruhigen müssen.

2. Die Bundesregierung hat durch die Erfolge ihrer Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik eine hervorragende Konstellation für arbeitsplatzschaffende Investitionen und Neueinstellungen geschaffen.

Der Bundesvorstand der CDA fordert die Unternehmen auf:

- Mehrarbeit in mehr Beschäftigung für Arbeitslose umzuwandeln,
- mehr zu tun für die berufliche Qualifizierung von Arbeitslosen und allen Arbeitnehmern,
- mehr Teilzeitarbeit für Männer und Frauen anzubieten,
- Überstunden abzubauen,
- insbesondere benachteiligten Gruppen am Arbeitsmarkt Arbeit anzubieten,
- alle Möglichkeiten der Arbeitsförderung aktiv zu nutzen.

Die Sozialausschüsse appellieren an Bund, Länder und Gemeinden, geplante Investitionen jetzt vorzunehmen und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu leisten.

3. Der CDA-Bundesvorstand bekräftigt die Beschlüsse der CDA, nach denen eine Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes vor allem die Erweiterung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz neuer Techniken beinhalten muß. Der technische Wandel muß sozial gestaltet werden. Ohne die stärkere Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei den technischen Veränderungen in den Betrieben und Verwaltungen wird die Modernisierung unserer Volkswirtschaft, von der alle abhängen, entscheidend beeinträchtigt. Die Forderung nach mehr Mitbestimmung entspricht deshalb nicht nur sozialpolitischen Erfordernissen, sondern ist auch ein Gebot wirtschaftlicher Vernunft. Deshalb werden die Sozialausschüsse einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes nur zustimmen, wenn die Erweiterung der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte bei Einführung neuer Techniken gesichert sind.

## Norbert Blüm: Die Renten sind sicher

4. Die Rentner können ihrer Rente wieder sicher sein. Die Rücklagen in der Rentenversicherung steigen. Das ist ein Erfolg der unionsgeführten Bundesregierung. Sie hat durch ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik und den dadurch ermöglichten Zuwachs an Beschäftigung die Grundlagen unseres Rentenversicherungssystems entscheidend gefestigt.

Die Sozialausschüsse lehnen alle Reformvorschläge wie Grund- oder Mindestrente ab, weil sie den Zusammenhang zwischen Leistung und Gegenleistung in der Rentenversicherung auflösen.

Wie das Gutachten des Sozialbeirates beim Bundesarbeitsministerium ein-drucksvoll bestätigt, läßt sich das Rentenversicherungssystem auf der Basis seiner bewährten Prinzipien auch auf Dauer sichern. Für die Sozialausschüsse muß die Rente leistungs- und beitragsbezogen bleiben. Rente ist kein Almosen, sondern Alterslohn für Lebensleistungen.

Eckpunkte der Strukturreform müssen nach Auffassung der CDA das Anheben des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung auf eine verlässliche Grundlage, die Neubewertung beitragsfreier Zeiten, die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme sowie das gleichgewichtige Ansteigen der Renten mit den Arbeitseinkommen sein.

5. Unter Kanzler Konrad Adenauer hat die CDU die Montanmitbestimmung eingeführt. Sie war die Grundlage sozialer Partnerschaft und damit die Voraussetzung für die Erfolge der Sozialen Marktwirtschaft. Die Montanmitbestimmung gehört zum Urgestein unserer sozialen Wirtschaftsordnung. Die CDU hat die Montanmitbestimmung nicht nur eingeführt, sondern auch durch verschiedene Sicherungsgesetze vor dem Auslaufen bewahrt. Es war die SPD, die gegen den Willen von CDU/CSU ein Montanmitbestimmungsauslaufgesetz beschlossen hat. Das von der SPD beschlossene Auslaufen der Montanmitbestimmung in verschiedenen Unternehmen muß verhindert werden. Die Sozialausschüsse fordern von CDU/CSU ein klares Bekenntnis zur Montanmitbestimmung.

6. Für die CDA hat bei einer Steuerreform die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen absolute Priorität. Das erfordert vor allem eine deutliche Anhebung des Grundfreibetrages und die Verbesserung des Familienlastenausgleiches. Daneben muß die Steuerreform das Ziel haben, die Sicherung und Schaffung von

Arbeitsplätzen besonders im mittelständischen Bereich der Wirtschaft zu fördern. Eine Senkung des Spitzensteuersatzes kommt für die Sozialausschüsse nicht in Betracht, wie eine Besteuerung der Nacht- und Schichtarbeit.

## So mißbraucht die SPD ihre Macht in Duisburg

Sozialdemokraten tun gern so, als hätten sie das richtige Demokratieverständnis für sich gepachtet. Wie es in Wirklichkeit damit aussieht, zeigte kürzlich ein Vorgang unter Duisburger Ratsmitgliedern. Der SPD-Fraktionsvorsitzende im Duisburger Bezirk Walsum, Karl-Rudolf Matenklotz, wähnt sich so sicher in seiner Machtposition, daß er den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Rat der Stadt Duisburg, Horst Stadelmann, schriftlich darauf verweist: „Sie werden verstehen, daß die Vorschläge dieser Arbeitsgruppen, wenn sie von der SPD-Fraktion abesegnet sind, von Ihnen im Rat und Gesundheitsausschuß nur noch zur Kenntnis genommen werden können, ob Sie ablehnen oder zustimmen ist völlig bedeutungslos, die Entscheidungen fallen eben immer vorher in der SPD-Fraktion.“ Sachargumente anderer Fraktionen, die in einer Ratssitzung zur Sprache kommen, werden einfach ignoriert. Mehrheit ist Mehrheit. Wer die besseren Argumente hat, interessiert nicht. Wie weit jedoch ist es gekommen, wenn die Genossen mit einer solchen Verachtung über die parlamentarischen Regeln hinweggehen? Genossen-Selbstherrlichkeit und die vermeintlich „basisdemokratischen“ Positionen der Grünen gefährden unsere demokratischen Strukturen — nicht nur auf kommunaler Ebene.

# Technologiefreundlichkeit schafft keine neuen Arbeitsplätze

Die Zusammenarbeit zwischen Technik und Politik zu verstärken, war das Ziel eines Spitzengesprächs, das die Präsidien der CDU und des Vereins Deutscher Ingenieure (VDI) am 22. April 1986 in Bonn führten. Generalsekretär Heiner Geißler und VDI-Präsident Karl Eugen Becker beschrieben nach dem mehrstündigen Treffen gemeinsame Schwerpunktaufgaben von Ingenieuren und Politikern.

Damit die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft nicht zweitklassig wird und ihre Spitzenposition im internationalen Wettbewerb halten kann, müssen Staat und Gesellschaft den technischen Fortschritt bejahen. Wer den technischen Fortschritt ablehnt, wird keine neuen Arbeitsplätze schaffen und die bestehenden nicht erhalten können.

CDU und VDI bekennen sich zum technischen Fortschritt. Unser Land, arm an Bodenschätzen und abhängig vom Export, muß den technischen Fortschritt selbst entwickeln und ihn weltweit exportieren. Nur so kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben. Nur so können die Bürger der Bundesrepublik ihren Lebensstandard in Freiheit bestimmen. Den Zukunftstechnologien kommt in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung zu.

Technischer Fortschritt muß ökonomischen, ökologischen und sozialen Forderungen noch mehr als bisher gerecht werden; dies erfordert eine verstärkte Abschätzung der Technikfolgen in Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlich wichtigen Gruppen. Dabei dürfen einerseits die Ingenieure Technik nicht als Selbst-

zweck sehen; andererseits müssen für eine fruchtbare technische Entwicklung entsprechende politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen gesetzt werden.

Die Bedeutung eines sinnvollen technischen Fortschritts für das Industrieland Bundesrepublik Deutschland muß unserer Bevölkerung von Ingenieuren und Politikern besser veranschaulicht werden nicht nur durch eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch durch eine verbesserte technische Allgemeinbildung, die bereits bei einem qualifizierteren Technikunterricht an allgemeinbildenden Schulen ansetzen muß.

Für diese Aufgabe müssen die Ingenieure, die in unserem hochindustrialisierten Land eine Schlüsselrolle in Technik und Gesellschaft übernommen haben, besser vorbereitet werden. Dazu zählt eine breitere interdisziplinäre Ausbildung der Ingenieure, auch in nicht-technischen Bereichen. Dies darf sich nicht nur auf das Hochschulstudium beschränken, sondern muß auch die laufende Weiterbildung und Weiterqualifizierung während des gesamten Berufslebens umfassen.

**Heiner Geißler kündigte an, daß die CDU nach der Sommerpause einen Kongreß über Perspektiven der Technik durchführen werde. Außerdem werde die Partei in der kommenden Legislaturperiode einen eigenen Bundesausschuß einsetzen, der sich mit Fragen der Technik und Technologie befassen soll. Darüber hinaus vereinbarten CDU-Präsidium und Präsidium des VDI, die Kontakte und die Zusammenarbeit auch auf der Fachebene zu intensivieren.**

# Argumente kurzgefaßt

Das neue Argumentationskarten-Set im handlichen Spielkartenformat („unsere Trümpfe“) ist bestens geeignet, sich für alle Gelegenheiten der politischen Diskussion schnell fit zu machen. Auf acht Karten finden Sie Argumente und Zahlen zu den wichtigsten Themen unserer Politik: Preise und Wirtschaftswachstum, Steuern und Haushalt, Beschäftigungspolitik, Familienpolitik, Renten und Sozialpolitik, moderne Technologie und Umweltschutz, innere Sicherheit, Frieden und Sicherheit.

## Aktive Beschäftigungspolitik: So helfen wir den Arbeitslosen

Unser Programm gegen die Arbeitslosigkeit hilft ganz konkret.

- Weiterbildung kommt besonders jungen Arbeitslosen zugute.
- Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen jetzt bereits vom 50. Lebensjahr an.
- Eingliederungsbeihilfe für schwervermittelbare Arbeitslose wird von einem mittleren Arbeitslose verlängert, auf zwei Jahre verlängert.
- Überbrückungsgeld für Arbeitslose, die sich selbständig machen wollen.
- Es gibt länger Arbeitslosengeld, und zwar vom vollendeten 44. Lebensjahr an 20 Monate, ab 49 Jahre 16 Monate lang, ab 54 Jahre 12 Monate lang, ab 58 Jahre und älter sind 8 Monate lang.
- Arbeitslose, die 58 Jahre und älter sind, können Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe weiterbeziehen, ohne der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen zu müssen.

Vertrauen in die Zukunft  
Wir sind auf einem guten Weg in Deutschland



## Argumentationskarten-Set (8 Karten)

Mindestabnahme: 50 Sets  
Preis pro Mindestabnahme: 11,50 DM  
Bestell-Nr.: 7703

Nehmen Sie dazu unseren neuen Faltprospekt „20 Plus-Punkte der Regierung Helmut Kohl“, der sich auch hervorragend zum Weitergeben eignet, dann sind Sie für jede Diskussion mit unseren positiven Argumenten gerüstet.

## Faltblatt:

# „20 Plus-Punkte der Regierung Helmut Kohl“

Mindestabnahme: 100 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 13,50 DM  
Bestell-Nr.: 2793

Die „20 Plus-Punkte der Regierung Helmut Kohl“ gibt es auch als Broschüre für alle, die sich ausführlicher informie-

ren wollen — natürlich auch zum Weitergeben und Weitergeben.

**Broschüre: „20 Plus-Punkte der Regierung Helmut Kohl“**

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 20,— DM  
Bestell-Nr.: 5794

# Neu im Angebot

## Bunte CDU-Kugelschreiber

CDU-Kugelschreiber sind seit Jahren ein beliebtes Kleinwerbemittel am Canvassing-Stand und bei CDU-Veranstaltungen aller Art. Für die bevorstehenden Wahlkämpfe haben wir das Sortiment erweitert, damit Ihr Canvassing-Stand noch farbiger und sympathischer wird.

### CDU-Kugelschreiber, bunt sortiert

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 19,50 DM  
Bestell-Nr.: 9429

Auch die bewährten Kugelschreiber in Schwarz-Weiß mit rotem CDU-Aufdruck sind weiterhin im Angebot

### CDU-Kugelschreiber, schwarz-weiß

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 17,50 DM  
Bestell-Nr.: 9428



## CDU-Geldbörse für die stabile Mark

Wir haben stabile Preise. Das interessiert vor allem die Hausfrau. Unser neues Sympathie-Werbemittel — eine kleine, hübsche Geldbörse in verschiedenen Farben — ist geeignet, an diesen wichtigen Pluspunkt unserer Politik zu erinnern. Hervorragend auch geeignet als Preis bei Wettbewerben etc.; Ihr nächstes CDU-Sommerfest steht sicher schon fest oder ist in der Planung.

### CDU-Geldbörse

Mindestabnahme: 10 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 16,— DM  
Bestell-Nr.: 9762

Bestellungen an:

**IS-Versandzentrum**  
**Postfach 13 28**  
**4804 Versmold**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
5300 BONN 1

## Für Senioren – Mit Senioren

**Videofilm: Selbständig – Sicher – Geborgen**  
**Für ein glückliches Leben im Alter**

**SELBSTÄNDIG – SICHER – GEBORGEN**  
**FÜR EIN GLÜCKLICHES**  
**LEBEN IM ALTER**

Videofilm über den Senioren-Kongreß  
der CDU in Bonn



**Videofilm**  
**über den**  
**Senioren-Kongreß**  
**der CDU**

Mindestabnahme:  
1 Expl.

Preis pro  
Mindestabnahme:  
19,80 DM

Bestell-Nr.:  
4809 VHS  
4810 Betamax  
4811 Video 2000

# UID

15/86

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. \* 544 11 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lühje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.